№ 470. Abendblatt.
Dienstag, 7. Oktober.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Wallrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.

Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Krügerstraße 46, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Reichenberger Str. 1. S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5.

Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlags-Act.-Ges., Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt".

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Combes gegen die Kutten.

Eine imposante antiklerikale Kundgebung entwickelte sich bei dem Jahresbankett, das gestern das „republikanische Handels- und Industriekomitee" in Paris gab. Diese Veranstaltung gewann dadurch die ernsteste politische Bedeutung, daß der Ministerpräsident selbst den Vorsitz führte und eine große Zahl Minister, Kammermitglieder und Senatoren an dem Mahle theilnahm. Als erster Redner sprach der Handelsminister Trouillot. Er drückte seine Freude darüber aus, daß die Hauptelemente der Produktion des nationalen Reichthums sich zusammengeschlossen hätten, um den republikanischen Einrichtungen größere Kraft zu verleihen. Bezüglich des auswärtigen Handels legte Trouillot dar, welche Rolle das Komitee bei Sachverständigen-Feststellungen im Auslande gespielt habe, wobei es Frankreich einen beachtenswerthen Platz gesichert habe. Der Redner schloß mit der Aufforderung, im Augenblick der Bildung großer Trusts den Unternehmungsgeist zu pflegen und sich mit dem Studium fremder Sprachen zu beschäftigen.

Nach ihm sprach Brisson. Dieser beglückwünschte den Handelsstand zu seiner Mitwirkung bei der Vertheidigung der Republik. Das Land, das die Stabilität der Regierung habe sicher stellen wollen, habe Bürger erwählt, die der Republik leidenschaftlich ergeben seien. Aber die Gegner der Republik hätten die Waffen nicht niedergelegt. Die Kongregation habe die Fahne der Empörung erhoben, aber das Land habe die Gefahr begriffen und die Regierung habe sich endlich entschlossen gezeigt, die Republik und die Einigkeit Frankreichs, die selbst bedroht gewesen, zu vertheidigen und habe den Kongregationen den Unterricht entzogen. Es sei jetzt die Pflicht der Regierung, die Erziehung zu organisiren und Generationen treuer Patrioten zu bilden.

Nach Brisson ergriff Ministerpräsident Combes das Wort. Er dankte den Vorrednern für die Anerkennung, die sie der Regierung zollten und bemerkte, dies gebe ihm die Ueberzeugung, daß die Politik der Regierung den innersten Gefühlen der ganzen republikanischen Partei entspreche. Er schätze sich glücklich, das Werk Waldeck-Rousseaus fortzusetzen, der den Zusammenschluß der republikanischen Partei durchgeführt, und damit die Republik von der doppelten Gefahr des Nationalismus und der klerikalen Reaktion befreit habe.

„Diese Politik", fuhr der Ministerpräsident fort, „ist nicht geändert. Ihr Komitee ist an der Weiterführung unseres Werkes interessirt, das heißt, der Inanspruchnahme der Rechte des Staates, die ihm von den Vätern der Revolution erworben worden sind. Hat nicht die Revolution das unsinnige Brandmal von Ihrer Stirne gewischt, das früher jeden zeichnete, der sich dem Handel hingab? Sie stützen daher Ihre eigene Sache, indem Sie der Sache der Revolution dienen."

Der Ministerpräsident entwarf sodann ein Bild des Kampfes, der sich zwischen dieser Revolution und der Gegenrevolution entsponnen habe, die sich mit Hilfe ihrer Mönche bestrebe, dem republikanischen Frankreich alle Eroberungen der Revolution wieder zu entreißen.

„Diese Gegenrevolution", setzte Combes hinzu, „vermummt sich, indem sie ihre Taktik ändert, hinter der republikanischen Maske und mit dem Rufe „Hoch die Freiheit" stürzt sich die Welt des Klosters, plötzlich erleuchtet durch die Gnade der Revolution (Heiterkeit), vor den Altären nieder und ruft den Gott des Syllabus zum Zeugen der Unduldsamkeit des freien Gedankens an. Unter dem Rufe „Hoch die Freiheit" haben Damen der vornehmen Stadttheile Frauen aus dem Volke zu **komödienhaften Kundgebungen** aufgefordert, welche unter den Spottrufen der Menge ein Ende nahmen; unter jenem Rufe haben die Enkel der Ehouans sich mit unsauberen Wurfgeschossen versehen, um sich dieser gegen die Armee zu bedienen, welche beauftragt war, die Zusammenrottungen zu zerstreuen; unter demselben Hochrufe auf die Freiheit verlangen Royalisten und Bonapartisten, daß der Laienstaat die Kongregationen über die Gesetze stelle. Unsere Dekrete haben sie darüber belehrt, daß wir nicht in der Stimmung waren, uns durch einen falschen Liberalismus bethören zu lassen. Darauf richteten sie einen Appell an das Land, der ihnen durch die Stimmen der Generalräthe und der Vertretungskörper der Gemeinden antwortete, die uns beglückwünschten. **So hat die Gegenrevolution ihren Halt verloren.**

Der Redner beglückwünschte sodann das Komitee dazu, daß das Frankreich des Handels und der Industrie sich den Glückwünschen jener Körperschaften anschließe. Dies bedeute eine Ermuthigung bei der undankbaren Aufgabe, die in dem Programm des Ministeriums dargelegt sei.

„Die Durchführung dieser Aufgabe", fuhr der Ministerpräsident fort, „hat kaum begonnen, aber wir werden die nöthige Energie besitzen, sie zu Ende zu führen. Diese Versicherung gebe ich **Ihnen im Namen des gesammten Ministeriums**, denn, so lange das Parlament uns sein Vertrauen schenkt, werden wir den Kampf fortsetzen und unsere Versprechungen erfüllen.

Man soll später nicht sagen, daß infolge mangelnder Pflichterfüllung der Regierung das Vereinsgesetz ein todter Buchstabe bleibt, daß die Kongregation **ihr Werk der moralischen Knechtung** fortsetzt, daß Beamte ihre Stellung **mißbrauchen**, um der Republik zu trotzen, daß das ungerechte Steuersystem nicht reformirt wird, daß die Arbeiter auf die Aussicht verzichten sollen, in ihren alten Tagen ein sicheres Unterkommen und ihr tägliches Brot zu haben. Bei der Durchführung dieser Aufgabe zählt das Ministerium auf die Mitarbeit aller Gruppen der republikanischen Partei. Die Regierung, die auf die Unterstützung der Handelswelt und der Industrie rechnet, hat die Pflicht mit Sorgfalt deren Interessen wahrzunehmen durch Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern und des Friedens nach außen. Ich halte diese Erklärungen für angebracht in dem Augenblick, **wo die Reaktion den Kredit der Sparkassen angreift** und wo ein Ausstand der Bergarbeiter droht. Ich hoffe, daß dank dem guten Willen beider Theile und dem Wunsche der Kammern und der Regierung, das Loos der Arbeiter zu bessern, jene schreckliche Möglichkeit dem Lande erspart bleiben möge."

Was den Frieden nach außen betreffe, so habe Frankreich seit dem Jahre 1870 an dem Frieden aufs engste festgehalten. Keine andere Nation sei mehr für den Frieden eingetreten und habe das Prinzip internationaler Schiedsgerichtsentscheidung mehr anerkannt. Durch Bilder von Krieg und Eroberung habe der Nationalismus Frankreich zu verführen getrachtet, aber dieses habe Krieg und Reaktion verächtlich zurückgewiesen. Nicht Schwäche sei es gewesen, was Frankreich friedliebend gemacht. Es besitze eine Armee, jeder anderen gleich an Muth und der Zahl nach, aber das republikanische Frankreich sei den Lehren der Zivilisation leidenschaftlich ergeben, welche die Völker vom Krieg abwenden und ihnen die öffentliche Wohlfahrt und das Glück des Einzelnen zeigen, die dem fruchtbaren Boden des Friedens entsprießen.

„Genießen wir also," schloß der Ministerpräsident, „dieses Friedens, den der ausgezeichnete Stand unserer Beziehungen mit allen Mächten als fester denn je darzustellen gestattet. Die Welt hat die Loyalität unserer auswärtigen Politik anerkannt. Die Republik erfreut sich, im Besitz eines starken Bündnisses und werthvoller Freundschaften, der allgemeinen Achtung und kann den Drohungen der **Monarchisten**, die in den letzten Zügen liegen, und der **Nationalisten in der Kutte** Trotz bieten. (Beifall.)

In acht Tagen treten die Kammern wieder zusammen. Ihre Mehrheitsverhältnisse geben dem Ministerpräsidenten ein Recht zu solch' zuversichtlicher und entschlossener Sprache. Frankreich aber kann sich beglückwünschen, einen Combes an der Spitze der Regierung zu sehen. Er vollzieht ein politisches Reinigungswerk ersten Ranges und sichert die Staatssouveränität gegen die anmaßende Herrschsucht des Klerikalismus. Als klare Bekundung dieses Wollens und Könnens ist die gestrige Bankettrede von Werth und Bedeutung.

Offiziöser Zoll-Zickzack. Tief betrübt schreibt der Berliner Berichterstatter der „Münchener Allgem. Ztg.":

Nun gehört wirklich schon eine starke Natur dazu, um noch an die Möglichkeit des Zustandekommens der Zolltarifreform zu glauben. Man wird fast demüthigend wegen eines ans Krankhafte streifenden Optimismus, wenn man nicht zugeben will, daß der unbefriedigende Ausgang der zweiten Kommissionsberathung auch den letzten Hoffnungsschimmer genommen habe.

Soweit geht der Zick. Aber unmittelbar danach versiegen die Thränen, „das Auge, vom Weinen getrübet," erhellt sich mit unheimlicher Geschwindigkeit, und in fröhlicher Zack-Richtung geht es weiter:

Und doch bleibt es wahr: die Situation ist, wie die Dinge in der letzten Woche verlaufen sind, besser, jedenfalls nicht schlechter, als man erwarten konnte.

Und der Offiziosus bleibt den Grund für den plötzlichen Umschlag seiner Gefühle nicht schuldig: er begründet sie nach einigem Hin- und Hergerede mit der Hoffnung darauf, daß die todtsicher einsetzende sozialdemokratische Obstruktion nach einigen Wochen erlahmen würde und daß man daher die zweite Lesung der Vorlage im Plenum des Reichstages nicht mit dem entscheidenden § 1 des Tarifgesetzes, sondern mit dem Tarife selbst beginnen müsse. „Nach zwei Monaten kann die Lage eine wesentlich andere sein." Also die Wurstelei soll im Permanenz erklärt werden. Auch gut; die entschiedenen Gegner des Wuchertarifes können es aushalten, und die Spekulation auf das „Erlahmen" der Sozialdemokraten wird sich bald als verfehlt herausstellen.

Keine Zollkonferenz der Ministerpräsidenten. Die Meldung der „Schles. Ztg." von einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der größeren Bundesstaaten am 14. Oktober wegen des Zolltarifes wird von dem „Hamb. Korr." für falsch erklärt. Es sei aber sehr wahrscheinlich, daß die leitenden Staatsmänner der Bundesstaaten persönlich in die zweite Berathung des Zolltarifentwurfes im Reichstage eingreifen würden. Das Hamburger Blatt knüpft daran die von ihm selbst als paradox bezeichnete Mittheilung, daß die Möglichkeit einer Annahme des Regierungsentwurfes wachse:

Wie das geschehen soll, weiß heute vielleicht Niemand ganz genau, aber sehr große und sehr einflußreiche parlamentarische Gruppen sind überzeugt, daß es geschehen muß. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir warnen daher nochmals vor allzugroßer Vertrauensseligkeit. Kommt aber überhaupt etwas zu Stande, dann ist es die Regierungsvorlage, und zwar im wesentlichen unverändert. In der Frage der agrarischen Minimalzölle geben die Regierungen nicht nach: Weder eine Erhöhung bei den Getreidezöllen noch eine Ausdehnung auf Vieh- und Fleischzölle wird zugestanden. Das Gerücht, die Regierung beabsichtige, die Vorlage fallen zu lassen und durch eine Novelle zum bestehenden autonomen Tarif zu ersetzen, ist ganz haltlos.

Ueber den Weg zu dem erstrebten Ziele plaudert die sächsisch-ministerielle „Leipz. Ztg." etwas aus. Das sächsische Regierungsorgan schlägt vor, eine freie Kommission von Vertrauensmännern aus allen schutzzöllnerischen Fraktionen zu bilden, um ein gemeinsames, zielbewußtes Vorgehen von vornherein zu verabreden. Dann werde sich auch der Weg finden, um eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen herbeizuführen.

Ganz fein ausgesonnen. Wir glauben gern, daß jetzt allerlei Feldzugspläne hinter den Kulissen ersonnen werden, um das Zollschiff in den Hafen zu bringen. Auch das Agrarierthum wird dabei mitthun, unter Abkommandirung einiger „Unentwegten", die vor der Welt und den Bundesmitgliedern den Standpunkt der Ueberagrarier wahren müssen. Alle diese Machenschaften werden aber zu nichte werden, wenn die zollgegnerische Linke des Reichstages ihre Schuldigkeit thut.

Was einer anständigen Frau passiren kann. Auf der in Wiesbaden stattfindenden Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine wurde gestern, wie aus dem in der Beilage enthaltenen ausführlichen Bericht zu ersehen ist, ein scharfer Protest angenommen gegen den § 361, 6 des Strafgesetzbuches. Ein paar Stunden später wurde eine der Delegirtinnen des Bundestages, Frau Hilda v. D. aus Berlin, auf dem Wege zum Sitzungssaal von einem Polizisten auf offener Straße arretirt und zur Wache gebracht, „da sie so langsam über die Straße gegangen sei". Nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wurde sie ohne Entschuldigung wegen des Mißgriffs wieder entlassen.

Vorfälle dieser Art sind geradezu empörend. Welche Frau ist da noch vor der unerhörtesten Kränkung auf offener Straße bei hellstem Tageslicht sicher?

Majestätsbeleidigungs-Chronik. Aus München wird gemeldet: Das Landgericht verurtheilte den Schriftsteller Benz wegen Majestätsbeleidigung zu der niedrigsten zulässigen Strafe von zwei Monaten Festung. Als Strafmilderung wurde der Vertrauensmißbrauch des „Schriftstellers" Hartmann in Braunschweig anerkannt, der, wie erinnerlich, einen Privatbrief seines „lieben Freundes" und Mitarbeiters der Polizei ausgeliefert hatte.

Höchst geheimnißvoll äußert sich eine Berliner Meldung des „Hamb. Korr." über die Besetzung der offenen Oberpräsidentenstellen:

Es ist bekannt, daß vorzeitiges Ausposaunen von Ernennungen oft das beste Mittel ist, den Kaiser und König zu bestimmen, eine andere Wahl zu treffen. Aus diesem Grunde nehmen wir Abstand, unsere Informationen über die Personalfrage hier mitzutheilen. Wir können nur das Eine sagen, die neuen Oberpräsidenten werden nicht aus den Reihen derjenigen Parteien entnommen, die trotz aller Opposition zur Regierung in den wichtigsten Fragen an dem Glauben festhalten, daß sie die gebotenen Auswärter für alle wichtigen Staatsstellungen sind.

Das Hamburger Blatt hofft also auf die Wiedereroberung des Hannoverschen Oberpräsidiums durch den Nationalliberalismus. Wir wollen ihm seinen schönen Traum nicht zerstören.

Der national-soziale Vertretertag, der in den letzten Tagen in Hannover versammelt war, nahm einen Geschäftsbericht entgegen, in dem der Fortschritte der nationalsozialen Parteibewegung gedacht war. In Verbindung mit dem Geschäftsbericht wurde die Alkoholfrage behandelt. Dr. Schulz-Kiel betonte die Zunahme des Alkoholgenusses im letzten Jahrhundert. Sehr beklagenswerth sei die Zunahme der Trinksitten bei den Frauen. Zur Zeit würden in Deutschland 3 Milliarden Mark für Alkohol ausgegeben, dreimal mehr als für Heer und Flotte. Eine halbe Milliarde würde für Schnaps ausgegeben. Mit dieser Summe könnten sämmtliche Alters- und Invalidenrenten verachtfacht werden. Doch rieth Dr. Schulz von gesetzgeberischen Maßnahmen ab, weil dafür noch nicht die Zeit sei. Zunächst müsse noch energische Propaganda für die Ideen gemacht werden. Die übrigen Redner pflichteten ihm bei.

Pfarrer Naumann erstattete den politischen Jahresbericht. Nach einem Exkurs auf das Gebiet der auswärtigen Politik kam er zur Polenfrage. Durch den neuen „scharfen" Kurs erreiche man leicht das Gegentheil der Versöhnung der Polen. Werden die Polen zweisprachig, die östlichen Deutschen aber nur einsprachig, so sind die Polen im Vortheil. Wichtiger, als neue Deutschen nach dem Osten zu führen, sei, dafür zu sorgen, daß die bisherigen Deutschen im Osten bleiben. Der Großgrundbesitz aber treibt sie fort. Bezüglich der Zollfrage, die die innere Politik beherrscht, habe die nationalsoziale Partei sich geklärt. Der soll gesinnte Landwirth Möser ist abgestoßen worden. Eine Halbheit giebt es in der Zollfrage bei den Nationalsozialen nicht. De Tanzschritt Posadowsky's durch die Mitte geht auf die Dauer nicht Das Drängen auf Staatshilfe erschlafft den Bauern. In eine Beziehung, in der Uebernahme der Wegebaulasten könne der Staat wirklich helfen. Dieser Punkt sei wichtiger, al wenn alle Hähne krähen nach 7,50 Mk. Zoll (Heiterkeit.) Der Liberalismus habe vielfach zu wenig Gefühl für Landinteressen gehabt. (??) An uns darf kein Zweifel bestehen, daß wir gegen jeden höheren Zoll auf Lebensmittel sind. Weifall.) An soziale Gesetze sei im Zeitalter des Brotwuchers nicht zu denken. (Lebh. Beifall.) Es wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, in keinem Falle für Handelsverträge mit 5 Mark-Zoll zu stimmen. Ferner erklärte der Vertretertag, daß man auch die Viehzucht bei den Kleinbauern nicht durch hohe Viehzölle zu stärken brauche, die Viehzucht werde ganz von selbst die Zukunft des deutschen Bauernstandes bilden; andererseits sei jede Schlachtsteuer zu verwerfen.

Dr. Alfred Weber-Berlin sprach über die wirthschaftlichen Kartelle und Syndikate.

Damaschke-Berlin trat für die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Verkehrsmittel (Schifffahrts-Gesellschaften) ein. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gesetzliche Maßnahmen gegen die Kartelle verlangt werden.

Alsdann wurde eine Resolution angenommen, die das Vorgehen gegen die Konsumvereine in Kreuznach scharf verurtheilt und die Erwartung ausspricht, daß die Behörden den Arbeiterkonsumvereinen dieselbe Bewegungsfreiheit gestatten, wie den ländlichen Genossenschaften.

Lithograph Tischendörfer-Berlin sprach über die Arbeitslosenversicherung. Zu einer Einigung kam es nicht. Die Angelegenheit wurde auf den nächsten Parteitag verschoben. Den Beschluß machte Dr. Maurenbrecher mit einem Referat über das Problem des Sozialismus.

Tief gebeugt und körperlich gebrochen, das Gesicht von krankhafter Blässe bedeckt und trotz eifriger Unterstützung auf beiden Seiten kaum im Stande, mühsam die Füße voreinander zu setzen — in diesem Zustande passirte — so schreibt man uns aus Mailand — Englands ehemaliger Ministerpräsident Lord Cecil Salisbury am Freitag früh den Mailänder Bahnhof; ein Salonwagen brachte ihn sammt seiner Familie nach Beaulieu bei Nizza, wo der schwer leidende Greis den Winter verbringen will.

Die Einberufung der französischen Kammern ist nunmehr erfolgt. Das Dekret wurde gestern im Regierungs-Amtsblatte publizirt. Der bereits früher festgesetzte Termin, der 14. Oktober, blieb beibehalten.

Vom französischen Bergarbeiteransstande wird gemeldet, daß das Nationalkomitee der Arbeiter heute in der Arbeiterbörse zu Lille zusammentritt. Es besteht aus acht Mitgliedern. Man erwartet einen Beschluß zu Gunsten eines allgemeinen und sofortigen Ausstandes mit 5 gegen 3 Stimmen.